



# VERANSTALTUNGS- DOKUMENTATION

Auftakttreffen / Strategieworkshop  
Ateliergemeinschaften Treptow-Köpenick  
05.07.2022, Treptow Ateliers

# VERANSTALTUNGSDOKUMENTATION

## HINTERGRUND

Steigende Mieten, Verdrängung, kurzfristige Mietverträge und der generelle Mangel an (bezahlbaren) Atelierräumen stellen viele Kunstschaffende in Berlin, insbesondere in Treptow-Köpenick, vor große Herausforderungen. Das Arbeitsraumprogramm (Bündnis Kultur Räume Berlin) des Landes Berlin kann mit knapp 2.000 neu geschaffenen Ateliers und Atelierräumen für die Jahre 2020/2021 nicht den realen Bedarf an Kunstproduktionsräumen decken, denn parallel verschwinden immer mehr Ateliers, vor allem aus der Innenstadt. Es wird damit generell erkannt, dass der Bedarf nicht allein durch landeseigene Immobilien gedeckt werden kann. Vielmehr wäre zusätzlich die Einbeziehung der Privatwirtschaft von Relevanz sowie verstärkte Neubautätigkeiten. Statt Einzellösungen werden von Künstler:innen dauerhaft verfügbare Infrastrukturen für gemeinschaftliches künstlerisches Arbeiten gefordert.

Vor diesem Hintergrund hat sich das Netzwerk Ateliergemeinschaften Treptow-Köpenick (kurz: NWAGTK) im Mai 2021 zusammengefunden. Es repräsentiert ca. 500 Künstler:innen aus dem Bezirk. Etwa die Hälfte von ihnen ist laut einer Studie des Berufsverband Bildender Künstler:innen Berlin (bbk) in den kommenden vier Jahren vom Verlust ihres Arbeitsplatzes in Ateli-

ergemeinschaften bedroht. Für 2022/2023 besteht für die Arbeit des NWAGTK eine Förderung durch den Fonds Soziokultur. An mehreren Terminen soll sich bis Ende des Jahres mit der Bildung eines bezirklichen oder landesweiten Gremiums auseinandergesetzt werden, das sich die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsräumen für Künstler:innen als Ziel setzt.

Vorab fand durch das NWAGTK im September 2021 die Veranstaltung „Raumverstehen #4“ statt. Hier nahmen unter anderem der Berliner Atelierbeauftragte Dr. Martin Schwegmann (bbk), die Kulturraum Berlin GmbH und mehrere Vertreter:innen aus Politik und Kultur des Bezirks Treptow-Köpenick teil. Dazu kamen zahlreiche interne Abstimmungsrunden, auch Dialoge mit bezirkspolitischen Vertreter:innen.

An jene Vorabstimmungen anknüpfend hatte dieser (Auftakt-)Workshop zum Ziel, einen ersten Schritt in die Richtung eines Gremiums oder ähnlichen Austauschformats für das kommende Jahr einzuleiten. Dazu sollten zunächst relevante Akteur:innen und Zuständigkeiten rund um das Thema bezahlbare Atelierräume in Treptow-Köpenick herausgearbeitet werden. Als Ergebnisse des Workshops sollten erste Überlegungen zu tragfähigen Strukturen im Bezirk und weiterführenden Schritten entwickelt werden.



Der Workshop fand am Vormittag des 06.07.2022 in den Räumlichkeiten der Treptow Ateliers statt. Zu Gast waren verschiedene Mitarbeitende der Bezirksverwaltung und -politik von Treptow-Köpenick, Künstler:innen aus verschiedenen im Bezirk ansässigen Atelieregemeinschaften sowie einige weitere Akteur:innen. Auch Dr. Martin Schwegmann, Atelierbeauftragter Berlins (bbk), war wieder zu Gast.

### PHASE 1: VISION UND STATUS QUO

Zunächst gab es eine Vorstellungsrunde aller Beteiligten. Im Zuge dessen sollten sie eine Vision für die Atelierslandschaft im Bezirk 2030 formulieren. Hier konnte festgehalten werden, dass sowohl auf Seiten der Künstler:innen und Akteur:innen als auch Seiten der Verwaltung und Politik der Wunsch nach einer vielfältigen, gesicherten und bezahlbaren Atelierslandschaft besteht. Es wurden jedoch auch pessimistische Töne angeschlagen: Eine unumkehrbare Verdrängung aus der Stadt durch Gentrifizierung oder ein Stillstand mit derselben Problematik, vor der man heute steht. Es kann damit übergeordnet festgehalten werden: Das Thema insgesamt ist angekommen und die Bedeutung für den Bezirk wird allgemein anerkannt. Umso wichtiger ist es daher nun zu agieren und für die Erhaltung der Atelieregemeinschaften politischen Druck aufzubauen.

Um festzuhalten wo man steht wurde der Workshop in verschiedene Arbeitsphasen/Stationen gegliedert. Hier wurde anhand von Plakaten und Akteur:innen-Netzwerken (Mind Maps) festgehalten, was der heutige Status quo ist (Was besteht schon?/Was fehlt noch?) und ein Ausblick auf zukünftig zu entwickelnden Strukturen gegeben.

In der ersten Arbeitsphase (Status quo) teilten die Teilnehmer:innen ihre bereits gemachten Erfahrungen miteinander und klärten, welche



wichtigen Akteur:innen bereits bekannt sind, deren Rollen und wie diese bereits jetzt vernetzt sind. Auch sollte geklärt werden, wo sich Leerstellen innerhalb der bestehenden Verhältnisse auftun. Es zeigte sich, dass bereits in der Vergangenheit sowohl durch die Künstler:innen als auch auf Seiten der Politik/Verwaltung Bestrebungen unternommen wurden sich zu vernetzen, um der Problematik der Verdrängung von Kunstproduktionsräumen zu begegnen. Es konnte dadurch bis dato jedoch keine fortwährende Bewegung erreicht werden. Dies lasse sich maßgeblich darauf zurückführen, dass es im Bezirk auf vielen Ebenen an konkreten Ansprechpartner:innen fehle und niemand direkt verantwortlich ist. Ein großes Problem, das die Künstler:innen beklagen ist, dass es für sie keinerlei Planungssicherheit gibt. Seitens der Bezirkspolitik und -verwaltung wurde darauf entgegnet, dass es von ihrer Seite auch leider kaum Handhabe gebe, um die fehlenden Strukturen zu schaffen.

Es fehle ein übergeordneter politischer Beschluss oder Gesetze, die ihnen überhaupt erst Handlungsbefugnisse einräumen würden. Die vor Ort Anwesenden boten jedoch an beratend und prozessbegleitend zur Verfügung stehen zu können, Ideen anzustoßen und zu verbreiten. Sie betonten, dass bei den derzeit

bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen Kunst nur schwer bis gar nicht zu implementieren sei, da Kunst im Planungsrecht nicht als Handwerk gilt! Folglich müsse man insbesondere bereits bestehende Räumlichkeiten schützen und erhalten. Dazu sollte man die Räume idealerweise in die Hand der Künstler:innen überführen und diese sollten sie am besten selbstverwaltet entwickeln können. Die anwesenden Künstler:innen bestätigten, dass sie unter bestimmten Bedingungen sowohl Finanzierung, Entwicklung und auch die Erhaltung ihrer Räume stemmen könnten. Jedoch sei man auf dem freien Markt natürlich nicht konkurrenzfähig gegenüber wirtschaftsstarken Investor:innen. Einhellig wurde man sich einig, dass es den Senat brauche, um eben jene äußeren Rahmenbedingungen zu schaffen und politisch festzusetzen. Aber auch der Kontakt zum Facility Management des Bezirks (=Verwaltung die landeseigenen Immobilien), den landeseigenen Wohnungsbauunternehmen und auch private Investor:innen und Eigentümer:innen muss aufgebaut werden.

## PHASE 2: STELLSCHRAUBEN

In Phase 2 sollten die bereits vorhandenen „Stellschrauben“ eruiert werden. Dabei ging es sowohl um solche auf Bezirks- als auch auf Landesebene.

Die übergeordnete Fragestellung lautete: *Welche Formate braucht es, damit Politik, Verwaltung und Künstler:innen zielgerichtet zusammenarbeiten können? Wie können mittel- und langfristig Atelierstandorte in Treptow-Köpenick gesichert und weiterentwickelt werden? Welcher „Werkzeugkoffer“ ergibt sich?*

Zunächst wurde vom Atelierbeauftragten an die bezirklichen Vertreter:innen appelliert sich zur Kunst zu bekennen und die Hebel die man habe zu nutzen. Diese liegen insbesondere darin eine Bedarfserhebung und Flächen-

potenzialanalysen durchzuführen und auch zur Verfügung zu stellen. Auch soll der Bezirk temporäre Nutzungen von Leerstand befördern und Schwerpunktbereiche für Kunst und Kultur ausweisen. Sie sollen Flächen für das Berliner Arbeitsraumprogramm bereitstellen und sich an Konzeptverfahren beteiligen.

Die bezirklichen Vertreter:innen bekräftigten daraufhin wieder, dass dahingehend viele Schwierigkeiten bestehen, die sich auf die ihnen übergeordneten politischen Strukturen zurückführen lassen. Auch wurde ein Mangel an personellen und finanziellen Ressourcen beklagt. Sie boten an, bei Flächen die in Bebauungsplänen explizit als Gewerbeflächen gekennzeichnet sind, zwischen den Investor:innen/ Eigentümer:innen und den Künstler:innen vermitteln zu können. Wichtig wäre dafür jedoch eine Übersicht darüber, was die wesentlichen Anforderungen für Ateliernutzungen sind. Wichtige Kriterien seien hier: Eine tragfähige Vermietungsdauer, Objektanforderungen in Bezug auf Zustand, Fläche und Ausstattung, sowie Fördermöglichkeiten. Unbedingt solle man, wie bereits erwähnt, im Bestand ansetzen. Neubauten sind bei den derzeitigen Baukosten schlicht zu teuer. Damit wird es unumgänglich die privaten Investor:innen und Eigentümer:innen einzubeziehen. Dies bildete nun auch die Überleitung zur Landesebene.

Hier brauche es gemeinsame Konzepte mit dem Senat und eine umfassende Auseinandersetzung über die bestehenden (aber auch fehlenden) Fördermöglichkeiten für Ateliergemeinschaften. Auch der Erwerb von Liegenschaften durch genossenschaftliche Projekte und eine mögliche Erweiterung des Berliner Konzeptverfahrens könne man nur im Austausch mit dem Senat voranbringen. Eine Frage die sich hier stellt ist außerdem, ob in die Regelung des Berliner Erbbaurechts aufgenommen werden könnte, die Erdgeschossflächen von Gebäuden für Ateliers nutzbar zu machen. Weiterhin bräuchte es eine bereits lange geforderte Novellierung des Baugesetzbuches und

des Gewerbemietrechts (Bundesebene). Zusammenfassend wurde festgehalten, dass Ziel sein muss die bestehenden Probleme auf Bezirksebene, durch die Bezirksverwaltung /-politik, in den Senat zu tragen, um dort die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen.

### PHASE 3: AUSBLICK

Auf den ersten beiden Arbeitsphasen aufbauend ging es nun darum, die nächsten Schritte zu erörtern, Ziele zu formulieren und idealerweise konkrete Aufgabenpakete zu schnüren. Es wurde angestoßen, dass die Bezirkspolitik innerhalb des Bezirksamtes Vertiefungsanfragen zur Sicherung und Neuschaffung von Kunst- und Kreativstandorten stellen sollte. So möchte man dem politischen Auftrag näherkommen und sich weiter vernetzen und Handeln anregen. Ressortübergreifend sollen Abstimmungsrunden zu den Einzelthemen des komplexen Gefüges der Erhaltung von Ateliergemeinschaften etabliert werden. Intern solle geprüft werden wie Zentren- und Einzelhandelskonzepte, sowie Erdgeschossnutzungen aktiviert werden können. Im weiteren Verlauf müssen dafür insbesondere die Gewerbeflächenmanagements des Bezirks (Wirtschaftsförderung und Facility Management) einbezogen werden. Es muss gescannt werden, welche Kunst- und Kulturstandorte bereits in der Hand des Landes liegen und Entwicklungspotenziale bieten (Stichwort: Urbane Optionsflächen). Übergeordnet festgehalten wurde: Es braucht die Schaffung von Modellprojekten innerhalb des Bezirks, Konzepte zur Mehrfachnutzung und unbedingt auch die Schaffung

eines Runden Tisches auf Landesebene. Dort muss angestoßen werden, wie man Kunst und Kultur ins Berliner Konzeptverfahren aufnehmen könnte und was es braucht, damit landeseigene Flächen nutzbar gemacht werden können. Auch hier bleibt die Frage: Wer ist hier die Ansprechperson?



Abschließend zum Workshop wurde festgehalten, dass es nun kleinerer Arbeitsgruppen bedarf, um produktiv weiter zu arbeiten. Die Bezirksstadträte sollten sich zusammenschließen und gemeinsam Lösungsstrategien entwickeln und klare Aufträge an die verschiedenen Abteilungen stellen. Diese braucht es, denn die Verwaltungsmitarbeitenden können nur auf Weisung tätig werden. Dafür braucht es den politischen Druck der Bezirksverordnetenversammlung.

**Die Gründung des Runden Tisches auf Bezirks- und Landesebene ist so schnell wie möglich anzustoßen!**

**NWAGTK**

In Zusammenarbeit mit:

**AG.URBAN** URBAN DESIGN  
ARCHITEKTUR  
PARTIZIPATION  
STRATEGIE  
KONZEPTE

Mit finanzieller Unterstützung von:

**FONDS  
SOZIOKULTUR**

Gefördert durch:



Die Beauftragte der Bundesregierung  
für Kultur und Medien

**NEU  
START  
KULTUR**